

GERECHT FÜR ALLE!



JUSO
HOCHSCHULGRUPPE
GÖTTINGEN

Wahlprogramm der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

**zu den Uni-Wahlen vom
22. bis 24. Januar 2013**

1. Studieren leicht gemacht!

An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät haben wir bereits erfolgreich für euch Streichcredits, die Abschaffung der Anwesenheitspflicht und mehr Wahlmöglichkeiten durchgesetzt. Dies war möglich aufgrund der massiven Bildungsproteste im Wintersemester 2009/10. Daher wollen wir auch an anderen Fakultäten weiterhin für, aber vor allem mit euch diese Kämpfe führen und uns beispielsweise für die Einführung von Freiversuchen einsetzen. Für weniger Leistungsdruck, mehr interessengelenktes Studieren, mehr Selbstbestimmung und weniger Prüfungsstress!

2. Studiengebühren abschaffen!

Studiengebühren verstärken die soziale Selektion an der Hochschule und sind deshalb abzulehnen. Auch bei möglicher Abschaffung bestehen weiterhin finanzielle Hürden, die es abzubauen gilt. Besonders prekär sind die Langzeitstudiengebühren, die selbstbestimmtes Studieren, bei dem jede_r sich ihren_seinem Interessen entsprechend bilden kann, konsequent verhindern. Wir müssen weg von einem Bildungsmodell, in dem der Geldbeutel (der Eltern) den Bildungsweg bestimmt. Bildung ist ein Grundrecht und muss daher frei zugänglich sein! Deshalb werden wir uns auch in Zukunft gegen Studiengebühren jeder Art engagieren wie z.B. durch das Organisieren von Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit oder auch durch Anträge innerhalb der SPD.

3. Master für alle!

Der Bachelor bleibt eine vorzeitige Beendigung des Studiums mit einem Abschluss zweiter Klasse, der in vielen Branchen noch nicht anerkannt wird. Die von unter anderem Universität und Landesregierung gewollte Beschränkung des Masterplatzangebotes entspricht einem elitären Bildungsverständnis und verstärkt zusätzlich die soziale Selektion. Daher fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz, um jeder und jedem einen Zugang zu ihrem_seinem angestrebten Beruf zu ermöglichen. An der Uni Göttingen setzen wir uns für eine volle Auslastung bestehender Kapazitäten und gegen starre Zulassungshürden ein.

4. Studentenwerk: Faire Preise – Faire Mieten!

Das Studentenwerk hat einen sozialen Auftrag, dem es gerecht werden muss. Das bedeutet für uns, dass für alle Studierenden kostengünstiges Essen angeboten wird. Wir fordern, dass vegetarische bzw. vegane Gerichte günstiger angeboten werden als Fleischgerichte. Der Preis für den Eintopf als günstigstes Gericht darf nicht erhöht werden, sondern muss im Zweifel durch andere Gerichte subventioniert werden.

Wir fordern die Erweiterung um ein Frühstücksangebot zwischen 8 und 11 Uhr im Free-Flow-Bereich der Zentralmensa, in dem einerseits Müsli (Beilagentheke), andererseits Brötchen, Wurst, Käse, Marmelade und vieles mehr angeboten werden. Auch eignet sich der Grillbereich hervorragend für die Zubereitung von Rührei, Bacon, Pancakes und weiteren warmen Speisen.

Der soziale Auftrag betrifft des Weiteren das Leben und Wohnen in Wohnheimen des Studentenwerks. Dabei ist nicht zentrale Aufgabe dieser Einrichtung, gewinnorientiert zu sein. Hier gilt es, moderate und faire Mieten zu erheben. Die Wohnheimplätze müssen erhalten und wenn möglich ausgebaut werden.

Das bedeutet allerdings nicht, dass mehr Einzimmerappartements mit eigener Nasszelle und Kochnische eingerichtet werden, sondern, dass es verschiedenste Wohnformen geben soll, sodass jede_r selbst entscheiden kann, wie sie_er wohnen möchte. Wir setzen uns insbesondere für den Erhalt kleiner Wohnheime ein.

5. Barrierefreiheit!

An zahlreichen Stellen der Uni wird Menschen mit Behinderung / chronischer Erkrankung der uneingeschränkte Zugang erschwert oder gar verwehrt. So zum Beispiel an der Drehtür im ZHG beim Café Campus oder in den zahlreichen Bibliotheken durch enge Gänge, hohe Regale oder Treppen. Leider wird bisher noch nicht einmal bei Neubauten auf Barrierefreiheit geachtet, wie im Falle des Café Central und dem Kulturwissenschaftlichen Zentrum (KWZ). Doch auch für Menschen mit Seh- oder Hörbehinderungen gibt es derzeit unüberwindbare Herausforderungen. So haben die angebotenen Skripte für Blinde keinen Mehrwert, genauso wie die meisten Veranstaltungsformate an der Hochschule für Gehörlose ungeeignet sind. Deshalb fordern wir eine vollständige Barrierefreiheit, um die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung bzw. chronischer Erkrankung zu beenden. Um dies zu erreichen, soll die Universität in ausreichendem Maße Assistenzpersonen schulen, deren Hilfe unentgeltlich in Anspruch genommen werden kann und die nötigen baulichen Veränderungen veranlassen.

6. Gleichberechtigung und Gleichstellung garantieren!

Die Gleichstellung aller Geschlechter ist an der Universität Göttingen – wie auch in der Gesellschaft – noch lange nicht erreicht. Nur etwas mehr als 20 % der Professuren sind weiblich besetzt, obwohl schon in den 1980er Jahren die Hälfte aller Studierenden weiblich war. In den Berufungskommissionen wollen wir diesem Missstand entschieden entgegenreten. Wir fordern außerdem alle Gremien und insbesondere Lehrende auf, bei ihren Veröffentlichungen bzw. Veranstaltungen eine geschlechtsneutrale Sprache einzuhalten.

Das Verwenden geschlechtergerechter Sprache in Hausarbeiten oder Klausuren darf nicht zu Abzügen in der Bewertung führen.

Plänen, die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu schwächen (wie an der Philosophischen Fakultät), erteilen wir eine klare Absage.

Wir fordern hingegen die Ausstattung der Fakultäts-Gleichstellungsbeauftragten mit geeigneten finanziellen und personellen Mitteln, um Workshops und vieles mehr anbieten und ihre Arbeit in den Fakultätsgremien erfolgreich durchführen zu können.

7. Zuverlässige IT-Infrastruktur am Campus!

Am Campus muss vernünftiges Arbeiten, Lernen und Recherchieren möglich sein. Hierfür ist ein zuverlässiges WLAN unerlässlich. Auch eine ausreichende Anzahl (funktionierender!) Drucker wird benötigt. Systemausfälle und Datenverluste, wie in der Vergangenheit passiert, müssen in Zukunft verhindert werden. Wir fordern die zuständigen Stellen, insbesondere die Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung Göttingen (GWDG), auf, IT-gestütztes Arbeiten am Campus sicherzustellen und die notwendigen Investitionen zu tätigen.

8. Zivilklausel jetzt!

Auf Konferenzen, im Studierendenparlament, im Zuge von Informationsveranstaltungen, in der bundesweiten Vernetzung, in Gesprächen mit der Unipräsidentin Beisiegel und auch im Senat haben wir im vergangenen Jahr dafür geworben, die Uni Göttingen frei von Rüstungsforschung zu machen. Auch im kommenden Jahr wollen wir diese Arbeit fortsetzen mit dem Ziel, die Thematik einer rein zivilen Forschung breiter zu diskutieren. Wir treten dabei für die Verankerung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Uni Göttingen ein.

9. Kultur für alle!

Das Kulturticket ermöglicht für etwa acht Euro ein Semester lang diverse Theatervorführungen, Ausstellungen und Konzerte ansehen zu können. Dadurch fördert es nicht nur die kulturelle Vielfalt in Göttingen und gibt den Einrichtungen eine gewisse Planungssicherheit, es schafft auch einen Ausgleich zum arbeitsreichen Uni-Alltag. Wir sind für den Erhalt und Ausbau des Kulturtickets. Darüber hinaus setzen wir uns für die Möglichkeit einer Rückerstattung des Betrages durch die studentische Härtefallkommission LeMSHO ähnlich dem Konzept beim Bahn-Semesterticket ein. Berechtigt sein sollen soziale Härtefälle und Menschen, die das Kulturticket aufgrund chronischer Erkrankung und/oder Behinderung nicht nutzen können.

10. Rechten Ideologien entgegenreten!

Rechtsradikale neofaschistische Gruppierungen gibt es auch im Umfeld von Göttingen und sie treten dort regelmäßig öffentlich auf. Wir wollen daher auch in Zukunft zu Gegendemonstrationen aufrufen, mobilisieren und daran teilnehmen.

Weiterhin wollen wir in Veranstaltungen und Publikationen vor allem Aufklärungsarbeit leisten, damit jede_r nachvollziehen und verstehen kann, warum die veralteten Strukturen von z.B. Verbindungen einer offenen Gesellschaft entgegenstehen.

Gemeinsam mit anderen Gruppen werden wir deshalb das *festival contre le racisme* organisieren und veranstalten. In diesem Zusammenhang wenden wir uns entschieden gegen völkisch-nationalistisch ausgerichtete Studentenverbindungen. Auch der elitäre Charakter solcher Verbindungen und das dort herrschende sexistische Rollenverständnis lehnen wir ab. Im Besonderen empfinden wir dies als unvereinbar mit dem Leitbild der Universität und stehen deshalb für die Forderung an das Präsidium, die Liste der Verbindungen von der Uni-Homepage zu löschen.